

**Einbringung HH-Plan 2019
und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022
Sitzung des Kreistags am Donnerstag, 11.10.2018,
16 Uhr, Großer Sitzungssaal**

Anrede,

I. Einleitung

der heute von uns vorgelegte Haushaltsplan 2019 mitsamt seiner Finanzplanung bis 2022 ist das fünfte und letzte Planwerk des amtierenden Kreistags. Vieles wurde in den vergangenen, etwas mehr als 4 Jahren, erreicht. Wir haben in die Zukunft unseres Landkreises investiert. In Bildung, den öffentlichen Nahverkehr und Soziales. Unsere graue und grüne Infrastruktur wurde weiterentwickelt. Und es gibt neue Konzepte für die Kinder- und Jugendarbeit und für viele soziale Belange unserer Mitmenschen.

Wir haben konsolidiert: unseren Haushalt, unsere Kliniken und auch den Kreisjugendring.

Dies haben wir im guten und vertrauensvollen Miteinander getan. Die Arbeit dieses Kreistags und der Verwaltung war von gegenseitigem Respekt geprägt. Nur so

gelingt es für das gesellschaftliche Miteinander und die Zukunft unseres Landkreises zu wirken.

Das alles überlagernde Thema der Amtszeit dieses Kreistags war jedoch die Unterbringung der in großer Zahl und in kurzer Zeit zu uns vor Krieg, Gewalt, Not und Armut geflüchteten Menschen. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ist es uns gelungen, die vorläufige Unterbringung zu bewältigen. Viele ehrenamtlich Engagierte haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet. Jetzt stehen vor allem unsere Kommunen vor der großen Herausforderung, den Menschen Wohnraum zu bieten und die Geflüchteten in unsere Gesellschaft zu integrieren. Das ist ein gesellschafts- und finanzpolitisches Thema, das unser Gemeinwesen herausfordert.

Wir stehen ökonomisch glänzend da. Acht Jahre Konjunkturaufschwung in Folge führen zu einer Arbeitslosenquote von 3,1 %, das bedeutet Vollbeschäftigung. Die Auftragsbücher der Unternehmen sind gefüllt. Die kommunalen Steuereinnahmen wuchsen in den letzten 5 Jahren um 30 %. Davon können andere nur träumen. Dabei ist der Landkreis Esslingen keine Insel. Durch unsere exportorientierte Wirtschaft sind wir abhängig von

internationalen Entwicklungen. Brexit, protektionistische Handelspolitiken und weltweite politische Veränderungen, haben das Potenzial zu handfesten Krisen. Trotz allem geht es den meisten Menschen bei uns richtig gut. Gleichzeitig kehren Bürger unseren etablierten Parteien den Rücken. Sie fühlen sich nicht mehr ernstgenommen, oder haben Zukunftsängste. Sie haben das Gefühl zu den Verlierern in unserer Gesellschaft zu gehören. Sie wenden sich Parteien und Bewegungen an den politischen Rändern zu.

Trotz all unserer Bemühungen in den Fragen der sozialen Gerechtigkeit habe ich den Eindruck, dass das Vertrauen in den Staat und seinen Repräsentanten in Politik und Verwaltung nachgelassen hat. Wie kann aber Vertrauen, das verloren gegangen ist, zurückgewonnen werden? Wir müssen deutlich machen, dass wir die Anliegen der Menschen ernst nehmen, uns um Lösungen kümmern.

Wir erleben eine Gesellschaft die auseinanderdriftet, eine Gesellschaft in der Individualismus zum Dogma zu werden scheint. Wir müssen uns klarwerden: Was ist der Kitt der uns in Deutschland zusammenhält? Gerade die

Frage der Unzufriedenheit ist für mich im Kern die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir sollten deshalb darauf achten, all das zu stärken was den Zusammenhalt fördert. Der kommunalen Ebene kann dies durch Nähe und Identifikation am besten gelingen. Hier entsteht für die Menschen das Bild vom Gemeinwesen.

Viele Kommunen verstärken ihre **Bemühungen** vor allem für **bezahlbaren Wohnraum** für alle und bei der **Kinderbetreuung**. Daher lassen wir den Städten und Gemeinden weitestgehend die durch die Steuermehreinnahmen gewonnen Spielräume, und schlagen einen unveränderten Kreisumlagehebesatz von 30,7 v.H. vor.

Leider können wir in diesem Jahr darüber hinaus **keine liquiden Mittel zur Senkung der Kreisumlage** einsetzen, weil uns diese fehlen. Die Mindestliquidität wird nicht erreicht. Ursächlich ist dafür – wie berichtet –, dass das Land seinen Zahlungsverpflichtungen zur **Kostenerstattung der vorläufigen Unterbringung** nur mit einem zweijährigen zeitlichen Versatz nachkommt. Unsere Interventionen der letzten Wochen waren zwar erfolgreich. Das Land hat knapp 22 Mio. EUR überwiesen. Dennoch

steht das Land Ende 2018 immer noch mit rd. 20 Mio. EUR in der Kreide. Damit ist die der nachlaufenden Spitzabrechnung immanente Liquiditätsproblematik nur teilweise beseitigt. Wir vertrauen weiterhin auf die Zusage unseres Ministerpräsidenten, die Aufwendungen für die vorläufige Unterbringung vollständig den Landkreisen zu ersetzen. Die Verantwortungsgemeinschaft zwischen den Landkreisen und dem Land hat auch eine finanzielle Dimension.

Ich freue mich, dass auch unser Vorstoß, **für die geduldeten Flüchtlinge eine Kostenerstattung** zu erhalten im Rahmen der Finanzverhandlungen vom Land aufgegriffen worden ist. Mit 134 Mio. EUR ist ein struktureller Einstieg gelungen, aber auch hier nur ein teilweiser Kostenersatz. Es gilt in der Zukunft, die tatsächlichen Aufwendungen der Landkreise zu ersetzen: 18,3 Mio. EUR tatsächlicher Aufwand beim Landkreis stehen nur 7,3 Mio. EUR Kostenersatz gegenüber.

II. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren, ist das Mega-Thema der nächsten Jahre. Der Haushaltsplanentwurf enthält dafür viele konkrete Maßnahmen, weil es wichtig ist, in Zeiten sozialer Umbrüche zu wissen, was uns verbindet.

– Unser **Integrationsplan** ist nicht nur die Grundlage der künftigen Integrationsarbeit, sondern auch Ausdruck dessen, dass wir denjenigen Menschen, die ein Bleiberecht haben, Bildung und Ausbildung, Arbeit und Wohnraum – kurz gesellschaftliche Teilhabe bieten wollen. In den zentralen Handlungsfeldern wie **Bildung** und **Sozialberatung in der Anschlussunterbringung** engagiert sich der Landkreis weit über seine rechtlichen Verpflichtungen hinaus. Aber auch für eine **Rückkehrberatung**, die zwischenzeitlich gut in Anspruch genommen wird, haben wir entsprechende Mittel im Haushalt veranschlagt.

Ungeachtet aller kommunaler Bemühungen müssen klare Einwanderungsregeln geschaffen werden und die rechtsstaatlichen Prinzipien für Menschen, die keine

Bleibeperspektive haben, gewahrt werden. Kurz gesagt geht es darum, „Humanität zu bewahren und gleichzeitig Ordnung herzustellen“, wie es unser Ministerpräsident in der Landkreisversammlung am Montag gesagt hat. Ein richtiger Schritt in diese Richtung ist der vorgelegte Entwurf eines Fachkräftezuwanderungsgesetzes. Allerdings muss im weiteren Verfahren erreicht werden, dass noch klarer getrennt wird zwischen Asylrecht und qualifizierter Einwanderung. Es darf auf gar keinen Fall von dem Gesetz das Signal ausgehen, illegale Migration lohne sich. Vielmehr geht es darum, dem Asylrecht Rechnung zu tragen und gleichzeitig eine legale, geregelte Einwanderungsperspektive zu bieten. Nur wenn das gelingt, leistet dieses Gesetz auch einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

- Wir setzen weitere Akzente für **bestmögliche Bildung** und damit für **bestmögliche Chancen der Teilhabe**. Der Ausbau unserer beruflichen Schulen und sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und die Fortführung unserer Digitalisierungsoffensive sind

dafür Beispiele. Wir investieren nicht nur hohe zweistellige Millionenbeträge in den nächsten Jahren, sondern schaffen auch die Grundlage, die so dringend benötigten **Fachkräfte auszubilden**.

- Bildungspolitische und soziodemographische Entwicklungen machen es erforderlich, unsere derzeitige **Schulentwicklungsplanung** zu überprüfen und sie grundlegend zu aktualisieren. **Attraktive Bildungsstandorte** sind das Ziel.
- Wir unterstützen die Kinder an unseren **sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren** durch eine **Nachmittags- und Ferienbetreuung**. Nachdem die Eltern ihren Eigenbeitrag von den Pflegekassen nicht mehr erstattet bekommen, reduzieren wir die Elternbeiträge, gleichen sie an die anderen allgemeinbildenden Schulen an und ermöglichen damit eine gute Betreuung der Kinder mit Behinderung.
- Im Haushalt 2019 haben wir erstmals **Fördermittel für das Aufgabenfeld der Jugendberufshilfe** eingestellt.

Die Förderung von benachteiligten schwer zu erreichenden jungen Menschen wird durch ein gemeinsames Förderkonzept des Landkreises, des Jobcenters und der Agentur für Arbeit umgesetzt. Wir sind sehr stolz, dass es uns gelungen ist, diese wichtige Aufgabe in gemeinsamer Verantwortung und gemeinsamer Finanzierung auf den Weg zu bringen. Unser innovatives Konzept wird zwischenzeitlich bundesweit aufmerksam verfolgt. **Kein junger Mensch soll verloren gehen, darf Verlierer sein!** – Das ist die Handlungsmaxime. Darauf konzentrieren wir uns.

- Im November soll der **Psychiatrieplan 2018 - 2027** für Menschen mit chronisch-psychischen Erkrankungen und seelischen Behinderungen vom Kreistag beschlossen werden. Er umfasst neben der Fortschreibung der seitherigen Planinhalte auch die Kinder- und Jugendarbeit sowie die Gerontopsychiatrie. Wie in allen Sozialplänen der Vergangenheit wird mit Partizipation und frühzeitiger Beteiligung von vorneherein Akzeptanz für die Planungsinhalte und deren Umsetzung erreicht.

- Das gilt auch für die im kommenden und übernächsten Jahr anstehende Fortschreibung der **Teilhabeplanung für Menschen mit geistiger, körperlicher und mehrfacher Behinderung**. Am 01. April nächsten Jahres laden wir zu einer Auftaktveranstaltung im Landkreis ein.
- Der Landkreis erfüllt über die gesetzlichen Pflichtaufgaben hinaus eine **Vielzahl an Freiwilligkeitsleistungen**. Diese sind in Ergänzung zu den Pflichtleistungen geboten und sollen auch zukünftig nachhaltig dazu beitragen, soziale Stabilität im Landkreis zu sichern, jedoch keine Doppelstrukturen generieren. Der Landkreis ist hier baden-württemberg-weit vorbildlich aufgestellt. Sie können auch weiterhin darauf vertrauen: wir werden gewissenhaft, im Rahmen unserer Planungsverantwortung, unsere Sozialstrukturen permanent evaluieren und in der **neu angelegten Sozialberichterstattung** transparent darlegen. Eine permanente Bedarfsgenerierung, die in Forderungen nach weiteren dauerhaften Freiwilligkeitsleistungen mündet, ist allerdings zu hinterfragen, vor allem dann, wenn im gesetz-

lichen Rahmen der sozialen Sicherung bereits Regelungen vorhanden sind bzw. der Bundes- oder Landesgesetzgeber gefordert ist, das Hilfesystem zu reformieren.

- Zu den konkreten Aufgaben, die wir in den kommenden Monaten selbst deutlich verbessern müssen, gehört die **Situation in unserem Ausländeramt**. Durch die große Zahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern, die 2015 und 2016 zu uns gekommen sind, stieg die Arbeitsbelastung.

Mit den Änderungen im Familiennachzug und dem bevorstehenden Zuwanderungsgesetz gibt es neue, zusätzliche Aufgaben in der Ausländerbehörde.

Deswegen werden wir, wie im VFA dargelegt, das **Ausländeramt weiter stärken**. Vor einer Stunde haben wir die neue Leiterin gewählt.

Wir arbeiten mit voller Kraft an dem Ziel, die Ausländerangelegenheit zügig, sorgfältig, rechtmäßig, sach-

gerecht, fair, nachvollziehbar und konsequent zu bearbeiten. Das sind die Kriterien, an denen wir unser Verwaltungshandeln messen.

Für eine Politik des Zusammenhalts ist es notwendig, dass der Rechtsstaat seine Handlungsfähigkeit beweist. Schließlich ist die Rechtsstaatlichkeit eine elementare Grundlage unserer demokratischen Ordnung. Der Rechtsstaat in unserem Land gewährt Berechenbarkeit im Verwaltungshandeln. Beliebigkeit können wir nicht wollen.

- Unsere **medius KLINIKEN** haben sich in der regionalen Versorgung mit ihrer Strategie **Qualität und Wirtschaftlichkeit** zu einem attraktiven Klinikverbund entwickelt. Mit guter **Qualität** gelingt es uns, das Vertrauen der Patienten zu gewinnen.

Ein wesentlicher **Schlüssel zum Erfolg** sind die **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**, die die Patienten medizinisch und pflegerisch behandeln – eine Aufgabe, die gesellschaftspolitisch nicht hoch genug gewürdigt werden kann. Das „Mehr“ an Patienten bedeutet ein „Mehr“ an Arbeit, und ein „Mehr“ an Personal. So sind

in den letzten 5 Jahren, einhergehend mit der Leistungsentwicklung, **über 235 neue Stellen** geschaffen worden, und zwar in den sogenannten weißen Bereichen, also bei den Ärzten und in der Pflege. Im Wirtschaftsplan 2019 sind weitere 72 Vollkräfte eingeplant, davon über 80% in den patientennahen Bereichen.

Ärzte und Pflegekräfte sind mit ihrem täglichen Einsatz und ihrer hohen Kompetenz rund um die Uhr für die Menschen da. Mit vielfältigen Personalentwicklungsmaßnahmen wollen wir die Pflegekräfte halten, Schwestern und Pfleger ausbilden und auch darüber hinaus neues Personal gewinnen. Das Pflegeberufsgesetz trägt dazu wesentlich bei.

Der Klinikverbund ist darauf ausgerichtet auch weiterhin ein nachhaltig positives Jahresergebnis zu erzielen, um die notwendigen baulichen Investitionen bei angemessener staatlicher Förderung selbst finanzieren zu können. Zukunftsfähige medizinische, personelle und wirtschaftliche Strukturen sind die Voraussetzung für eine gute Patientenversorgung.

III. Der Haushalt enthält Akzente für eine Politik des wirtschaftlichen Fortschritts und der Innovation.

– Der Landkreis Esslingen gehört laut Prognos zu den Top-Standorten in Deutschland. Wir wollen diesen Standortvorteil und diese Bewertung auch in der Zukunft erhalten. **Der „Initiativkreis Zukunft“** arbeitet an der konkreten Umsetzung ausgewählter Projekte aus dem Prognos-Zukunftsdialog. Es war mir von Anfang an wichtig, nicht nur zu diskutieren, sondern aus den Ideen konkretes Handeln abzuleiten. Zwischenzeitlich wurde bereits das **„Testzentrum Elektromobilität“** der Hochschule Esslingen, das IBA-Projekt **„Kompetenzzentrum Gebäudebegrünung und Stadtklima e.V.“** der Firma ZinCo GmbH in Kooperation mit dem Landkreis und der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen sowie das geplante **Elektromobilitätskonzept** für den Landkreis Esslingen vorgestellt.

Unsere Unternehmen müssen den Strukturwandel von Verbrennungsmotor zu alternativen Antriebstechnologien schaffen. Das Auto der Zukunft soll bei uns erforscht, entwickelt, produziert und später genutzt werden können. Dabei gilt es die Zulieferer einzubinden.

Auch dies tun wir im Zukunftsdialog Landkreis Esslingen. Denn die Prosperität unserer Landkreise hängt davon ab, ob es gelingt, den digitalen Wandel zu schaffen.

- Wir widmen uns intensiv der **Verbesserung der digitalen Landschaft**, der Versorgung mit Breitband. Im Schulterschluss mit unseren Kommunen und im Rahmen eines zu gründenden Zweckverbandes schaffen wir dafür die Voraussetzungen. 39 von 44 Kommunen haben Stand heute bereits diesem Vorgehen zugestimmt. Die Mittel sind im Haushalt enthalten. Ziel ist es, bis zum Jahr 2025 alle Gewerbebetriebe und bis zum Jahr 2030 90% der Wohngebäude mit Glasfaser zu versorgen. Für diese riesige Aufgabe brauchen wir starke Partner aus der Wirtschaft, die gemeinsam mit der öffentlichen Hand die entsprechenden Voraussetzungen für eine gute digitale Zukunft schaffen.
- Auch der nächste **Kreistag wird digital**. Bisher besteht die Möglichkeit auf freiwilliger Basis die Sitzungsvorlagen digital zu beziehen. Ab dem nächsten Jahr

sollen Sitzungsunterlagen nur noch digital zur Verfügung gestellt werden.

- Bei der **Digitalisierung** sind die **beruflichen Schulen** als dualer Partner von Industrie und Handwerk im besonderen Maße gefordert. Unsere Schülerinnen und Schüler sollen bestmöglich auf die bevorstehenden Herausforderungen in der Arbeitswelt vorbereitet werden, damit der Landkreis Esslingen auch zukünftig ein attraktiver, wirtschaftsstarker und innovativer Standort ist. Die Digitalisierungsstrategie wird weiter zielstrebig fortgesetzt. Zukunftsfähige IT-Infrastruktur mit flächendeckendem WLAN wird größtenteils im Laufe des kommenden Jahres vollends erreicht.
- Im Bereich **Industrie 4.0** wird im Rahmen der zweiten Förderstufe **Lernfabriken 4.0 des Wirtschaftsministeriums** angestrebt, standortübergreifende, ganzheitliche Konzepte an allen Berufsschulstandorten zu ermöglichen. Neben der Landesförderung bemühen wir uns derzeit um Sponsorenmittel aus der Wirtschaft.

– Darüber hinaus sind im Rahmen der Digitalisierung der beruflichen Schulen weitere Projekte, wie die Erweiterung des **Multilabors Handwerk 4.0** und die Errichtung eines **Eisenbahnlabors 4.0** an der **Friedrich-Ebert-Schule** im Aufbau. Ein **Building-Information-Modelling-System** und die Aufrüstung der **Hochvolt/Elektrowerkstatt** an der **Philipp-Matthäus-Hahn-Schule** sowie die **Umsetzung des Unterrichtskonzepts „Digitales Büro“** an der **John-F.-Kennedy-Schule** sind geplant.

Nicht abwarten, sondern selbst die Initiative ergreifen und handeln. Das ist unsere Devise für einen innovativen und dem wirtschaftlichen Fortschritt verpflichteten Standort. Es wäre schön, wenn es jetzt auch noch gelänge, die zusätzlichen Finanzmittel des Digitalpakts Schule von Bund und Länder zu heben. Angekündigt sind die Bundesmittel schon lange.

IV. Der Haushalt enthält eine Reihe von Maßnahmen für eine Politik der Nachhaltigkeit, weil wir wissen, dass wirtschaftlicher Erfolg, Klima- und Umweltschutz keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille sind.

- Deswegen haben wir die notwendigen Finanzmittel für eine **integrierte Klimaschutzkonzeption** eingestellt. Gemeinsam mit 26 Städten und Gemeinden haben wir einen Förderantrag für ein integriertes Klimaschutzkonzept gestellt. Mit dem Erlass des Förderbescheids rechne ich in den nächsten Wochen. Dann haben wir die Grundlage für die Erarbeitung einer Konzeption.
- Die **Attraktivität** und **Zukunftsfähigkeit** unseres **Landkreises** hängt mehr denn je von einem funktionierenden **öffentlichen Nahverkehr** ab. Dieser wirkt auch der Feinstaub- und Stickoxidbelastung entgegen. Schon heute nutzen werktäglich mehr als 230.000 Menschen im Landkreis die öffentlichen Verkehrsmittel. Dies ist nicht umsonst zu haben. Im kommenden Jahr geben wir rund 39,7 Mio. EUR dafür aus, dass Busse und Bahnen fahren und die Menschen zu ihren

Arbeitsplätzen, zu den Schulen und öffentlichen Einrichtungen kommen; so viele wie noch nie.

- Mit der größten **Tarifzonenreform** in 40 Jahren VVS hoffen wir auf den Umstieg von mehr Menschen vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr. Die Fahrpreise ermäßigen sich ab 01.04.2019 um durchschnittlich 25%. Der zusätzliche Aufwand von jährlich 3,7 - 6,5 Mio. EUR ist gut investiert.
- Die Preise im ÖPNV zu ermäßigen und damit den Nahverkehr auch attraktiver zu machen ist das Eine. Wir tun in diesem Haushalt aber auch einiges für den weiteren **Ausbau des Netzes**. Die S2-Verlängerung nach Neuhausen, die U6- und die U5-Verlängerung sind unumkehrbar auf dem Weg. Allein dafür werden wir in den nächsten Jahren nach Abzug der heute bekannten Fördersummen rd. 23,5 Mio. EUR aufbringen.
- Ich möchte an dieser Stelle angesichts der aktuellen **Luftreinhaltungsdiskussionen** noch auf eines hinweisen: Es ist ein Gebot der Stunde, dass sich Bund und Länder finanziell dauerhaft an der Verbesserung der Verkehrssysteme beteiligen, vor allem die Kostenmehrung

gen förderwirksam begleiten. Der Netzausbau, Fahrzeugbeschaffungen, die ECTS-Nachrüstung und alle weiteren hohen Investitionsfolgen fordern den Landkreis stark. Der Ausbau des ÖPNV im Ballungsraum ist eine Aufgabe, die auch von Bund und Land mit weiteren erheblichen finanziellen Mitteln gefördert werden muss. Der Bund hat Milliardenbeträge für die Luftreinhaltung bereitgestellt. Hier sind die Projektmittel – vor allem vom VVS – zu heben. Das Land ist Träger des Luftreinhalteplans Stuttgart und kann deshalb nicht allein dadurch in Erscheinung treten, nur die Regionalisierungsmittel zu verteilen, vielmehr muss es auch eigene Mittel aufbringen.

- Mit der **Umsetzung des ÖPNV-Pakts** sowie der ersten Runde der Vergabeverfahren bei den Busverkehren ist eine weitere signifikante Steigerung des Verkehrsangebots verbunden. Der Jahresfahrplan 2020 bietet den Fahrgästen, Stand heute, rd. 13,3 Mio. Fahrplankilometer an. Dies ist gegenüber unserem Ausgangspunkt, dem Jahresfahrplan 2015, eine Steigerung um knapp 15% oder 1,7 Mio. Fahrplankilometern. Schon 2020 werden wir im 15-Minutentakt in den

Hauptverkehrszeiten die S-Bahn Zu- und Abbringerfunktion mit den vom Landkreis verantworteten Bussen größtenteils sicherstellen. Das muss konzeptionell für den gesamten Landkreis angegangen werden. Der ÖPNV wird damit in der Fläche zu einer echten Alternative zum PKW. Wir sehen einen bedarfsorientierten **Ausbau des Busnetzes** ebenso als **Zukunftsaufgabe** wie den Ausbau der Freizeitverkehre, der Verknüpfung des ÖPNV mit der E-Mobilität, bei Busbeschleunigungsmaßnahmen sowie der Verbesserung der Fahrgastinformation. Auch dafür haben wir Vorsorge getroffen.

- Die Chancen, jetzt im Zusammenhang mit der **großen Wendlinger Kurve** zu nutzen, um gegebenenfalls schnell eine Verbindung auch für den öffentlichen Nahverkehr zwischen Neckartal und Fildern zu schaffen, haben wir von Seiten der Verwaltung und im Schulterchluss mit den betroffenen Kommunen ergriffen. Das Thema ist politisch adressiert. Ich möchte betonen: Es ist eine weitere Option zu der S-Bahnverlängerung über Neuhausen ins Neckartal, um eine Tangentialverbindung in unserem Landkreis zu erreichen.

- Wir planen in diesem Jahr die Beschaffung von zunächst 5 **Hybridfahrzeugen** als **Dienstfahrzeuge** für die Verwaltung.
- Der **Radschnellweg** in der Baulastträgerschaft des Landes ist auf dem Weg. Wir können damit die berechnete Zuversicht haben, zeitnah den Abschnitt von Reichenbach bis zu der Gemarkungsgrenze nach Stuttgart im Neckartal führen zu können. Die Trassenvarianten werden derzeit mit den Kommunen erörtert.
- Die **Abfallgebühren** im Landkreis Esslingen bleiben auch 2019 stabil. Den Bürgerinnen und Bürgern kommen die guten Verwertungserlöse beim Altpapier und Altmetall zugute. Die Trennung von Abfällen schont also nicht nur die Umwelt, sondern auch den Geldbeutel.
- Die Planungen für die **Ausweitung der Kooperation bei der Bioabfallverwertung** mit unserem Nachbarlandkreis Böblingen sind weiter fortgeschritten, konnten aber noch nicht in den Wirtschaftsplan 2019 mit konkreten Zahlen einfließen. Wir gehen davon aus, den beiden Kreistagen im Dezember dieses Jahres

entsprechende Beschlussanträge für eine neue Bioabfallverwertung, bestehend aus einer neuen Vergärungsanlage in Leonberg und unserem bestehenden Kompostwerk in Kirchheim vorzulegen.

V. Schlussbemerkung

Der Haushalt 2019 und die Finanzplanung haben zum Ziel, mit einer soliden Finanzpolitik

- den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern,
- Akzente für eine nachhaltige Politik des wirtschaftlichen Fortschritts und der Innovation zu setzen.

Der französische Dramatiker Jean Anouilh bringt es auf den Punkt: „Die Dinge sind nie so, wie sie sind. Sie sind immer das, was man aus ihnen macht.“ Möge uns in diesem Sinne das Gelingen was wir anstreben, was wir beginnen und was wir fortführen. Den Haushaltsberatungen wünsche ich den gewohnt guten und konstruktiven Verlauf.

Meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der gesamten Verwaltung, vor allem aber in der Kämmerei, danke ich für die Aufstellung dieses komplexen Planwerkes.

Frau Dostal, unsere Kämmereiamtsleiterin Frau Hauschild und ich stehen Ihnen selbstverständlich für weitere Fragen zur Verfügung.

Vielen Dank.